

# Die Must-do-Liste



**Wirtschaftspolitik.** Die künftige Bundesregierung hat wahrhaftig eine lange Liste an Hausaufgaben zu bewältigen: Inmitten der Pandemie muss sie sich um die soziale Sicherung, den Klimaschutz, die Außenbeziehungen, um Arbeitsplätze, die Förderung von Innovationen, eine zukunftsgerichtete Bildungspolitik und vieles mehr kümmern. Zu den meisten dieser Felder forscht das Institut der deutschen Wirtschaft, weshalb wir die elf Kompetenzfelder des IW geben haben, ihren dringlichsten Wunsch an den nächsten Bundestag zu formulieren. Obwohl sich die IW-Forscher mit sehr unterschiedlichen Themen beschäftigen, fällt eines auf: Fast alle wünschen sich eine Politik, die für flexiblere, effizientere, schnellere und weniger bürokratische Ergebnisse sorgt. —> [Seiten 2-4](#)

## Mittel- und Osteuropa

Was elementare Werte angeht, sind Länder wie Polen noch immer nicht ganz in der EU angekommen. Wirtschaftlich hat die Integration weit besser funktioniert.

—> [Seiten 5-7](#)

## Studentenwohnungen

Auch wenn die Corona-Pandemie den Anstieg der Mieten gebremst hat, ist die Situation für Studenten auf dem Wohnungsmarkt vielerorts unverändert schwierig.

—> [Seiten 10-11](#)

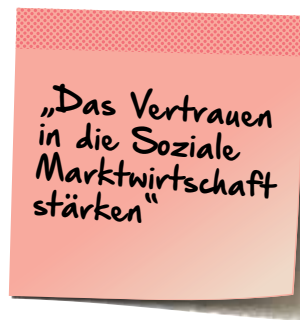
# Der IW-Wunschzettel

**Wirtschaftspolitik.** *Noch ist nicht klar, wer die neue Bundesregierung stellen wird. Doch welche Aufgaben der nächste Bundestag anpacken muss, darüber haben die Vertreter der elf Kompetenzfelder des IW ganz konkrete Vorstellungen.*



Die neue Bundesregierung sollte sich gegenüber China und den USA neu und entschiedener positionieren und dies mit ihrem großen Einfluss auch in Brüssel durchsetzen. Die Hand zur Kooperation muss gegenüber Peking zwar immer ausgestreckt bleiben, etwa mit Blick auf den Klimaschutz. Aber in Sachen Wettbewerbsverzerrungen, forcierter Technologietransfer und Menschenrechtsverletzungen durch China gehört die EU eindeutig auf die Seite Washingtons. Die Wirtschaftsbeziehungen zu China mögen bei dieser Positionsverschiebung nicht immer ungeschoren davonkommen. Aber die Verflechtungen mit den USA sind weitaus wichtiger. Der AUKUS-Deal hat gezeigt, dass die ambivalente europäische Haltung zu China die EU in der Geopolitik zu marginalisieren droht. Denn die USA haben Frankreich in ihrem Militärpakt und U-Boot-Geschäft mit Australien einfach beiseitegeschoben.

*Jürgen Matthes, Leiter des Kompetenzfelds Internationale Wirtschaftsordnung und Konjunktur*



Die Soziale Marktwirtschaft funktioniert auch in Krisenzeiten. Mit der sozialen Absicherung durch Umverteilungsmaßnahmen wie dem Kurzarbeitergeld konnten insbesondere niedrige Einkommensschichten vor Einbußen während der Pandemie geschützt werden, sodass die Ungleichheit in dieser Zeit sogar gesunken ist. Zugleich hat die Marktwirtschaft ihre Resilienz bewiesen und unter schwierigen Bedingungen zuverlässig die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Strom, Internet, Homeoffice-Equipment usw. sichergestellt. Nicht zuletzt hat der Kapitalmarkt genügend Risikokapital für die Impfstoffentwicklung bereitgestellt. Die neue Bundesregierung muss zum einen dieses Vertrauen in die Marktkräfte stärken, um Innovationen auch bei anderen Problemen zu fördern, und zum anderen Vertrauen in staatliche Institutionen zurückgewinnen. Ein allgemeiner ordnungspolitischer Rahmen mit nachvollziehbaren, logischen Regeln und dem grundsätzlichen Vertrauen in mündige Bürger und deren Selbstverantwortung ist gefordert. So muss der Staat zum Beispiel bei der Bekämpfung der

Corona-Pandemie wieder mehr auf allgemeine Regeln statt auf detaillierte Verordnungen setzen, um die Selbstverantwortung der Bürger zu stärken.

*Dominik Enste, Leiter des Kompetenzfelds Verhaltensökonomik und Wirtschaftsethik*



Wir benötigen eine flexibilitätsorientierte Arbeitsmarktordnung, damit erstens für Unternehmen, Beschäftigte und deren Interessenvertretungen der Spielraum größer wird, ein innovations- und produktivitätsförderliches Arbeitsumfeld zu gestalten. Denn auch eine zusätzliche Mobilisierung von Erwerbspotenzialen wird nicht ausreichen, die demografische Lücke zu schließen. Denkbar ist zum Beispiel eine befristete und moderate Verkürzung der Ruhezeiten im Zusammenhang mit dem Arbeiten im Homeoffice. Eine flexibilitätsorientierte Arbeitsmarktordnung ist zweitens auch Voraussetzung dafür, dass neue Jobs entstehen, die den Menschen eine Chance für den beruflichen Umstieg oder Wiedereinstieg in Arbeit bieten. Denn im Zuge des ökologischen oder digitalen Wandels wird nicht jeder jetzige Arbeitsplatz auf

Dauer aufrechterhalten werden können. Wir werden daher auch in Zukunft Zeitarbeit und Befristungen benötigen.

*Oliver Stettes, Leiter des Kompetenzfelds Arbeitsmarkt und Arbeitswelt*

„Wir brauchen eine missionsorientierte Forschungsförderung“

Die Forschungspolitik sollte durch eine gezielte missionsorientierte Forschungsförderung, die exakte Ziele definiert, an der Schnittstelle von Digitalisierung und Dekarbonisierung die Transformation der Wirtschaft unterstützen und durch eine höhere Forschungszulage die Innovationsaktivitäten der kleinen und mittleren Unternehmen fördern. Die Bildungspolitik sollte die Digitalisierung des Bildungssystems voranbringen, alle Bildungspotenziale erschließen, digitale und MINT-Kompetenzen stärken und den Transformationsprozess in Digitalisierung und Klimaschutz sowie deren Schnittstellen durch eine Ausweitung der Weiterbildung an Hochschulen begleiten.

*Axel Plünnecke, Leiter des Kompetenzfelds Bildung, Zuwanderung und Innovation*

„Wir brauchen eine umfassende Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung“

In der neuen Legislatur wird es entscheidend sein, die öffentliche Verwaltung umfassend zu digitalisie-

ren. Deutschland hinkt in diesem Punkt anderen europäischen Staaten hinterher und vernachlässigt so eine Rahmenbedingung für eine erfolgreiche, gemeinwohlorientierte digitale Transformation von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Umsetzung einer e-ID für Bürger:innen, digitale Schnittstellen für Unternehmen sowie die Nutzung und Bereitstellung von Daten durch den Staat – all das trägt dazu bei, effizienter zu arbeiten, Bürokratie abzubauen und unser Land leistungsfähiger zu machen. Wir lassen sonst riesige Potenziale ungenutzt, was wir uns im internationalen Wettbewerb nicht leisten können.

*Vera Demary, Leiterin des Kompetenzfelds Digitalisierung, Strukturwandel und Wettbewerb*

„Tarifautonomie wahren“

Der gesetzliche Mindestlohn wurde 2015 mit dem Ziel eingeführt, die Tarifautonomie zu stärken. Dies begründet auch, warum eine Kommission aus Gewerkschafts- und Arbeitgebervertretern Vorschläge zur Anpassung des Mindestlohns macht – und nicht die Regierung. Nun soll der Mindestlohn nach Vorstellung von SPD und Grünen schon 2022 auf 12 Euro steigen. Damit würde ein geltender Beschluss der Mindestlohnkommission außer Kraft gesetzt und der Mindestlohn sprunghaft ansteigen. Viele laufende Tarifverträge würden überholt und Tarifverhandlungen für untere Lohngruppen in einigen Branchen zunächst obsolet. Um die

Tarifautonomie zu wahren, sollte die kommende Regierung die Vorschlagshoheit für den Mindestlohn bei der Kommission belassen und auf politisch motivierte Festsetzungen verzichten.

*Christoph Schröder, Senior Researcher für Einkommenspolitik, Arbeitszeiten und -kosten*

„Flexibilisiert die Bauordnung“

Besonders dringlich in der Bau- und Immobilienpolitik ist die Beschleunigung der Prozesse. Nach wie vor dauert es von der Planung bis zur Fertigstellung von Wohnungen extrem lange. Noch größere Hürden ergeben sich bei Umnutzungen, beispielsweise von Einzelhandelsflächen in Wohnungen, sowie bei Dachausbauten. Hier bedarf es einer Flexibilisierung der Bauordnung. Darüber hinaus sollten die Bauämter digitalisiert werden. Dies würde nicht nur Prozesse beschleunigen, sondern auch helfen, die Personalknappheiten zu überwinden. So könnte die Digitalisierung die Produktivität der Mitarbeitenden steigern und es ermöglichen, zum Beispiel Vorprüfungen an weniger ausgelastete Bauämter weiterzuleiten.

*Michael Voigtländer, Leiter des Kompetenzfelds Finanzmärkte und Immobilienmärkte*

„Die gesetzliche Krankenversicherung braucht eine zweite Finanzierungssäule“

In der umlagefinanzierten Krankenversicherung herrscht Solidarität zwischen Jung und Alt. Wenn die Gemeinschaft aber älter wird, dann gelingt das auf Dauer nur zulasten der Jungen – auch in einer Bürgerversicherung. Intergenerative Solidarität erfordert deshalb ein Moratorium für die beitragsfinanzierten Ausgaben. Für darüber hinaussteigende Ausgaben muss in einer zweiten Säule vorgesorgt werden, idealerweise kapitalgedeckt. Die Prämien können je nach Tarif variieren – ob mit freier Arztwahl oder Hausarzttarif, mit oder ohne privatärztliche Abrechnung oder in anderen Versorgungsmodellen. Wahloptionen für gesetzlich Versicherte setzen Anreize für Kassen und Leistungsanbieter, effizientere Lösungen zu entwickeln. Das senkt Kosten und Prämien.

Jochen Pimpertz, Leiter des Kompetenzfelds Öffentliche Finanzen, Soziale Sicherung, Verteilung

„Das Teilhabestärkungsgesetz muss schnellstmöglich umgesetzt werden“

Am 1. Januar 2021 ist das Gesetz zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, kurz

Teilhabestärkungsgesetz, in Kraft getreten. Es sieht vor, bundesweit einheitliche Ansprechstellen einzurichten, die Arbeitgeber informieren, beraten und sie bei der Ausbildung, Einstellung und Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen unterstützen. Es wäre wünschenswert, dass diese Anlaufstellen möglichst bald installiert werden und schnell handlungsfähig sind. Außerdem sollte die Genehmigungsfiktion – das ist die automatische Genehmigung von Anträgen nach einer Fristüberschreitung – bei Anträgen von Arbeitgebern bei den Integrationsämtern oder Rehabilitationsträgern umgesetzt werden, um eine höhere Planungssicherheit zu erzielen. Auch Arbeitnehmer, die teilweise selbst für die Beantragung technischer Arbeitshilfen zuständig sind, können davon profitieren.

Andrea Kurtenacker, Leiterin des Kompetenzfelds Berufliche Teilhabe und Inklusion

„Die Digitalisierung in der Berufsausbildung muss vorangetrieben werden“

Die Enquetekommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ des Deutschen Bundestags hat am 22. Juni 2021 ihren Abschlussbericht vorgelegt, dem allerdings ein klarer Fokus auf den digitalen Wandel fehlt. Dieser erfordert mehr Flexibilität und Experimentierräume in der beruflichen Qualifizierung. Die neue Bundesregierung sollte daher gemeinsam mit den Ländern einen „Digitalpakt Berufliche Bildung“ aufsetzen. Ziel sollte es sein, die Berufsschulen mit Technik, Lehrper-

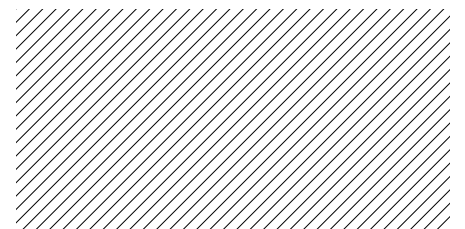
sonal und Gestaltungsfreiräumen auszustatten und allen Akteuren in der beruflichen Bildung Lernplattformen bereitzustellen, damit sie sich vernetzen und gemeinsam lernen können.

Dirk Werner, Leiter des Kompetenzfelds Berufliche Qualifizierung und Fachkräfte

„Die Erneuerbaren müssen schnell und unbürokratisch ausgebaut werden“

Die neue Bundesregierung muss beim Klimaschutz Tempo machen und die dafür notwendigen Weichen so schnell wie möglich stellen. Das Wichtigste ist der Ausbau der erneuerbaren Energien, denn nur mit emissionsfreier Energie werden Industrieprozesse, Straßenverkehr sowie das Heizen und Kühlen klimafreundlich. Damit der Ausbau schneller vorangehen kann, müssen bürokratische Hürden beseitigt werden. Das Planungs- und Genehmigungsrecht mit seinen strengen Abstands- und Höhenbegrenzungen für Windkraftanlagen muss so verschlankt werden, dass die Stromproduktion aus regenerativer Energie in den nächsten Jahren schneller wachsen kann.

Thilo Schaefer, Leiter des Kompetenzfelds Umwelt, Energie und Infrastruktur

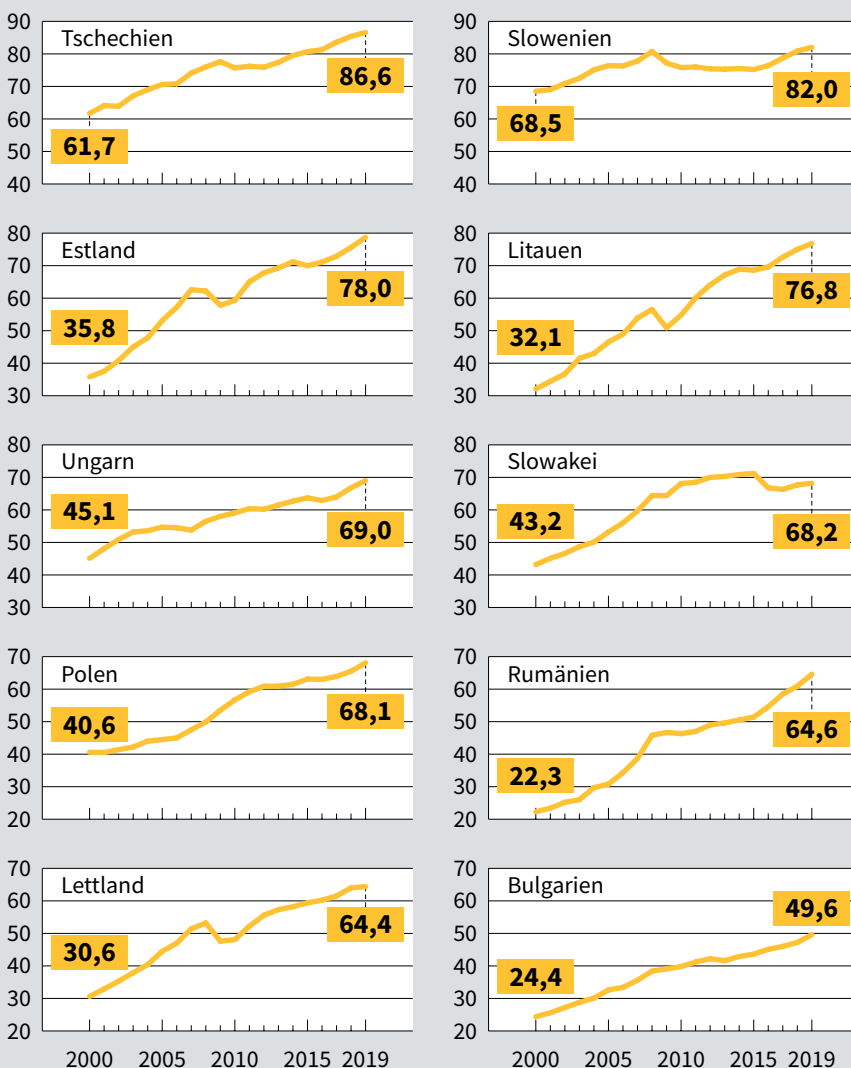


# Integration? Inkomplett

**Mittel- und Osteuropa.** Die politischen Querelen der letzten Zeit sind ein Indiz dafür, dass einige der mittel- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten auch fast zwei Jahrzehnte nach dem Beitritt noch immer nicht ganz in der Europäischen Union angekommen sind. In wirtschaftlicher Hinsicht allerdings waren die Integrationsfortschritte beachtlich.

## Wohlstand in Mittel- und Osteuropa ist gewachsen

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, um Kaufkraftunterschiede bereinigt, EU-15 = 100



2004: EU-Beitritt von Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn zum 1. April;  
2007: EU-Beitritt von Bulgarien und Rumänien zum 1. Januar

Quellen: AMECO-Datenbank, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2021 IW Medien / iwd

Die Europäische Union ist ein kompliziertes Konstrukt – und kann nur dann funktionieren, wenn alle Mitglieder zu Kompromissen bereit und auch gewillt sind, grundsätzliche gemeinsame Werte zu akzeptieren.

Dass dies keine Selbstverständlichkeit ist, haben zuletzt die Streitigkeiten der EU vor allem mit Ungarn und Polen verdeutlicht. So laufen gegen beide Länder Verfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags, der die fundamentalen Werte der EU wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenwürde schützen soll. Unter anderem sieht das Europäische Parlament zum Beispiel in Ungarn das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie die Rechte von Minderheiten gefährdet.

**Des Weiteren hat die EU Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen und Ungarn angestrengt, um gegen politische Beschlüsse vorzugehen, mit denen die beiden Länder unter anderem die Unabhängigkeit der Justiz untergraben.**

Seit Jahren stehen auch Bulgarien und Rumänien unter Beobachtung der EU – etwa, weil diese Mitgliedsstaaten das Problem der Korruption nicht in den Griff bekommen.

Insgesamt fühlt sich offenbar nicht jedes der zehn mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL), die



in den Jahren 2004 beziehungsweise 2007 der EU beigetreten sind – Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn –, vollständig den gemeinsamen Werten der Staatengemeinschaft verpflichtet. Einige Länder fremdeln noch immer mit dem liberalen, pluralistischen Staats- und Gesellschaftsbild, das in den westlichen EU-Staaten vorherrscht. Das ist für den zukünftigen Zusammenhalt der Union kein gutes Vorzeichen.

Ganz anders sieht die Integrationsbilanz allerdings aus, wenn man auf die Wirtschaftsdaten schaut. Denn ein erklärtes Ziel der EU war und ist es, die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen zu verringern, also die sogenannte Kohäsion zu fördern. Ohne wirtschaftliches Wachstum ist dieses Ziel kaum zu erreichen. Und in der Tat haben die mittel- und osteuropäischen Länder – bereits im Vorfeld ihres EU-Beitritts und seitdem – hier ein überdurchschnittliches Tempo hingelegt:

**Im Schnitt wuchs das Bruttoinlandsprodukt der EU-Staaten Mittel- und Osteuropas von 1999 bis 2019 um real 2,9 Prozent pro Jahr.**

Einige Länder wie Litauen, Rumänien und Estland erreichten sogar ein jahresdurchschnittliches Wachstum von etwa 4 Prozent. Zum Vergleich: In den „alten“ 15 EU-Staaten legte die Wirtschaft im selben Zeitraum lediglich um real 1,4 Prozent pro Jahr zu.

Der ökonomische Aufschwung hat auch den Lebensstandard in den MOEL erheblich gesteigert – die in Kaufkraftparitäten gemessenen Pro-Kopf-Einkommen haben sich stark dem Schnitt der EU-15 angenähert (Grafik Seite 5):

**Seit dem Jahr 2000 – damals liefen bereits mit allen zehn mittel- und osteuropäischen Kandidaten Beitrittsverhandlungen – stieg zum Beispiel das um Kaufkraftunterschiede bereinigte Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Polen von gut 40 Prozent des EU-15-Durchschnitts auf mehr als 68 Prozent im Jahr 2019.**

Das Pro-Kopf-Einkommen der baltischen Staaten wuchs im selben Zeitraum von gut 30 auf teils fast 80 Prozent des mittleren Niveaus in der EU-15. Rumänien steigerte sich von nur 22 auf 65 Prozent.

Der Grundstein für diese Wohlstandszuwächse wurde schon vor dem EU-Beitritt gelegt – als sich die

Länder nach dem Zusammenbruch des Ostblocks von Zentralverwaltungs- zu Marktwirtschaften wandelten. Dieser Prozess wurde von der EU mit finanziellen Hilfen und institutioneller Unterstützung gefördert.

Die Transformation zu marktwirtschaftlich ausgerichteten Volkswirtschaften war wiederum eine wichtige Voraussetzung, um erfolgreich im Wettbewerb des europäischen Binnenmarktes bestehen und von dessen Vorteilen wie der Freizügigkeit von Waren und Kapital profitieren zu können.

Dass dies gelang, lässt sich unter anderem an den Exporterfolgen ablesen, die die MOEL im Zuge des EU-Beitritts erzielten (Grafik):

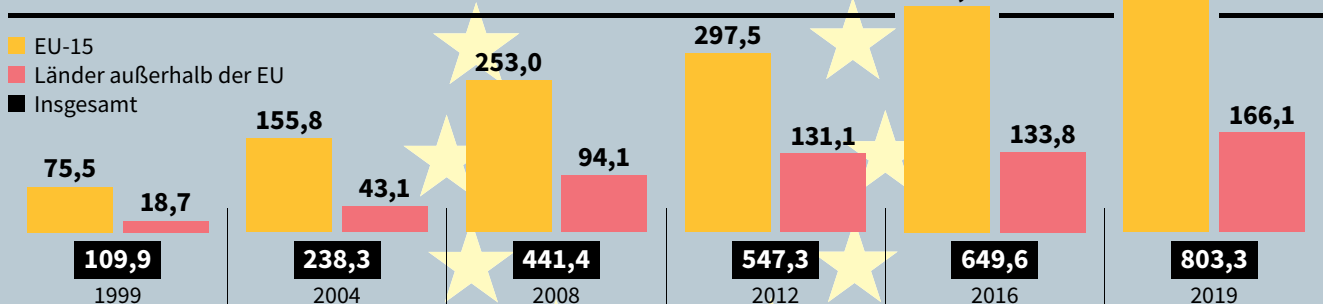
**Gegenüber 1999 haben sich die Exporte der zehn mittel- und osteuropäischen EU-Staaten in die EU-15 bis 2019 in etwa versechsfacht, die Ausfuhren in die Länder außerhalb der EU erhöhten sich sogar fast um den Faktor neun.**

Die MOEL haben es also vermocht, auch außerhalb der EU ihre Absatzmärkte auszubauen.

Zugleich ist die Bedeutung Mittel- und Osteuropas als Investitionsstandort gestiegen. Allein der Bestand der Direktinvestitionen aus der EU-15 hat sich zwischen 2013 und

## Mittel- und Osteuropa: Exporte wachsen weltweit

Exporte der zehn mittel- und osteuropäischen EU-Länder in diese Zielregionen in Milliarden Euro

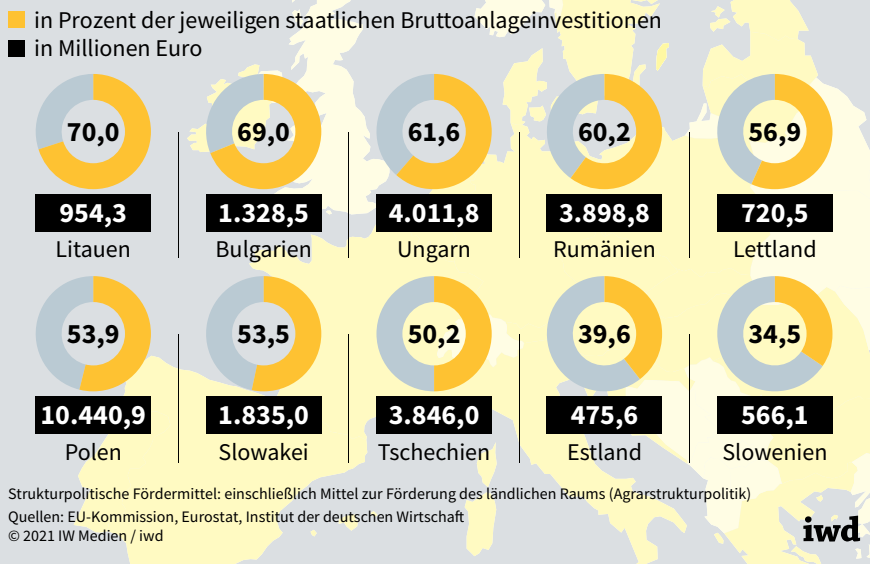


Mittel- und osteuropäische EU-Länder: Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn

Quellen: Eurostat, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2021 IW Medien / iwd

## Mittel- und Osteuropa: Von der EU stark gefördert

Strukturpolitische Fördermittel, die im Durchschnitt der Jahre 2014 bis 2019 aus dem EU-Haushalt an diese Mitgliedsstaaten geflossen sind



2019 von 343 auf 470 Milliarden Euro erhöht. Für die Wirtschaft einiger Länder ist diese Kapitalzufuhr äußerst wichtig. In Ungarn beispielsweise belief sich der Bestand an Direktinvestitionen aus den früheren EU-Staaten im Jahr 2019 auf 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, in Tschechien waren es 45 Prozent und in Estland knapp 38 Prozent.

Zur Realität des Binnenmarktes gehört allerdings auch, dass viele Arbeitskräfte aus den MOEL nach dem EU-Beitritt vorübergehend oder sogar dauerhaft in die westlichen Mitgliedsstaaten ausgewandert sind – vor allem aufgrund der dort deutlich besseren Jobchancen und höheren Löhne.

Das hat die Zahl der Migranten aus den MOEL in die EU-15 kräftig steigen lassen – von 2,7 Millionen im Jahr 2000 auf 10,1 Millionen im Jahr 2020. Unter ihnen dürfte auch eine beträchtliche Zahl an qualifizierten Arbeitskräften sein – diese fehlen nun in ihren Heimatländern, was dort das wirtschaftliche Wachstum tendenziell bremst.

Abgeschwächt wird dieser Effekt dadurch, dass ein Teil der im Ausland tätigen Arbeitskräfte aus den MOEL nach wie vor einen Wohnsitz in ihrer Heimat hat und ihr Einkommen zumindest teilweise dorthin überwiesen wird. Zudem lassen auch die dauerhaft in die EU-15 Ausgewanderten ihren Familien in Mittel- und Osteuropa Geld zukommen.

**Diese beiden Arten von Überweisungen von Migranten in die Heimat summierten sich beispielsweise für Rumänien im Jahr 2019 auf fast 6,5 Milliarden Euro – das entsprach knapp 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.**

In Ungarn machten die privaten Überweisungen und Erwerbseinkommen von in der EU-15 tätigen Landsleuten zuletzt 2,5 Prozent der Wirtschaftsleistung aus, in Bulgarien waren es 2,4 Prozent.

Noch wichtiger dürften aber in den vergangenen Jahren für die MOEL die Finanzmittel gewesen sein, die ihnen im Zuge des Beitritts und danach aus den EU-Fördertöpfen zugeflossen sind – und von denen sie

auch weiterhin profitieren werden. Denn ein wichtiger Teil des EU-Haushalts ist für die bereits erwähnte Förderung der Kohäsion vorgesehen, also vor allem für Projekte, mit denen die Wirtschaft in strukturschwachen, oft ländlich geprägten Regionen gefördert wird, damit dort der Lebensstandard steigen kann. Die Ausgaben dafür waren auch in der jüngsten EU-Haushaltsperiode beträchtlich (Grafik):

**Allein Polen erhielt von 2014 bis 2019 jedes Jahr im Durchschnitt gut 10,4 Milliarden Euro an strukturpolitischen Fördergeldern aus dem EU-Haushalt – das war mehr als die Hälfte dessen, was der polnische Staat insgesamt innerhalb dieses Zeitraums investierte.**

In Litauen machten die EU-Strukturmittel sogar 70 Prozent der staatlichen Bruttoanlageinvestitionen aus.

Zwar ist nicht genau festzustellen, wie effizient die EU-Mittel in den MOEL eingesetzt wurden – das Problem der Korruption oder auch die Einflussnahme der nationalen Politik dürfte die sinnvolle Verwendung der Gelder zumindest mancherorts beeinträchtigt haben. Dennoch haben die hohen Summen aus Brüssel die Wirtschaft in den MOEL insgesamt aller Wahrscheinlichkeit nach spürbar gestärkt.

Die Erfahrungen mit Ländern wie Polen und Ungarn zeigen aber eben, dass sich auch mit immensen finanziellen Transfers über viele Jahre hinweg keine Integration über die wirtschaftliche Seite hinaus erzwingen lässt. Das erklärt, warum die EU sich mit neuen Beitrittsaspiranten – wie einigen Balkanstaaten – so schwertut.

### IW-Analysen Nr. 144

Berthold Busch: Die mittel- und osteuropäischen Staaten in der EU – Entwicklung, Sachstand und Probleme  
[iwkoeln.de/mittel\\_und\\_osteuropa](http://iwkoeln.de/mittel_und_osteuropa)

# Mehr als nur ein Spiel

**Gamesbranche.** Jedes Jahr aufs Neue vermeldet der Gamessektor neue Rekordumsätze. Für einen Großteil der Milliardenereinnahmen sind Unterhaltungsspiele verantwortlich. Doch auch Serious Games – digitale Lernspiele mit Unterhaltungselementen – und die Gamifizierung, also der gezielte Einsatz von spielerischen Elementen in spielfremden Umgebungen, legen deutlich zu. Davon profitieren weit mehr Branchen als nur die Videospieldindustrie.

Gäbe es keine Pandemie, in den Kölner Messehallen hätten sich in diesem Jahr wieder Hunderttausende Spielefans zur Gamescom getroffen, der weltweit größten Messe für Computer- und Videospiele. Im Jahr 2019 stellte die Messe mit 373.000 Besuchern noch einen neuen Rekord auf, wie schon im vergangenen Jahr verhinderte die Corona-Pandemie allerdings auch 2021 das gemeinschaftliche Zocken vor Ort.

Das hielt die Gamer aber nicht davon ab, neue Spiele auszuprobieren, über angekündigte Games zu diskutieren und sich in der Community auszutauschen – nur eben online. Und das mit großem Erfolg: Rund 13 Millionen Zuschauerinnen und Zuschauer aus gut 180 Ländern sahen live das gestreamte Programm der Messe – fast ein Drittel mehr als im Vorjahr. Die Gesamtzahl der Streamaufrufe liegt noch um einiges höher, da viele Fans, die nicht live einschalteten, die Inhalte nachträglich geschaut haben.

Zahlen wie diese zeigen die stetig zunehmende Popularität von Computer- und Videospiele. Seien es die beliebten Spiele der Mario- oder Pokémon-Franchises, Multiplayer-Abenteuer im Netz oder die

vor allem in den vergangenen Jahren zunehmende Sparte der Mobile Games auf dem Handy: Die Gamesbranche befindet sich seit vielen Jahren im Dauerboom. Auch 2020 verbuchte sie einen neuen Rekord:

Nach Schätzungen des Finanzdienstleistungskonzerns S&P Global stieg der weltweite Umsatz der Gamesbranche 2020 im Vergleich zum Vorjahr um fast ein Viertel auf rund

**148** €  
Milliarden Euro.

Zum Vergleich: Das sind gut 17 Milliarden Euro mehr als das gesamte Bruttoinlandsprodukt der Ukraine oder fast das Vierfache davon, was 2019 an allen Kinokassen der Welt bezahlt wurde. Das meiste Geld nimmt die Branche in China und den USA ein, innerhalb Europas ist Deutschland der wichtigste Markt (Grafik Seite 9):

**Der Branchenumsatz in der Bundesrepublik mit Spielen und Online-Diensten betrug 2020 rund 5,1 Milliarden Euro.**

Hinzu kamen knapp 3,3 Milliarden Euro durch den Verkauf von Hardware wie Konsolen oder Gaming-PCs, die den Gesamtumsatz in Deutschland im vergangenen Jahr auf gut 8,4 Milliarden Euro steigen ließen – das war fast ein Drittel mehr als 2019. In der ersten Hälfte dieses Jahres setzte die Branche bereits rund 4,6 Milliarden Euro um, sodass im Gesamtjahr 2021 erstmals die Marke von 9 Milliarden Euro erreicht werden könnte.

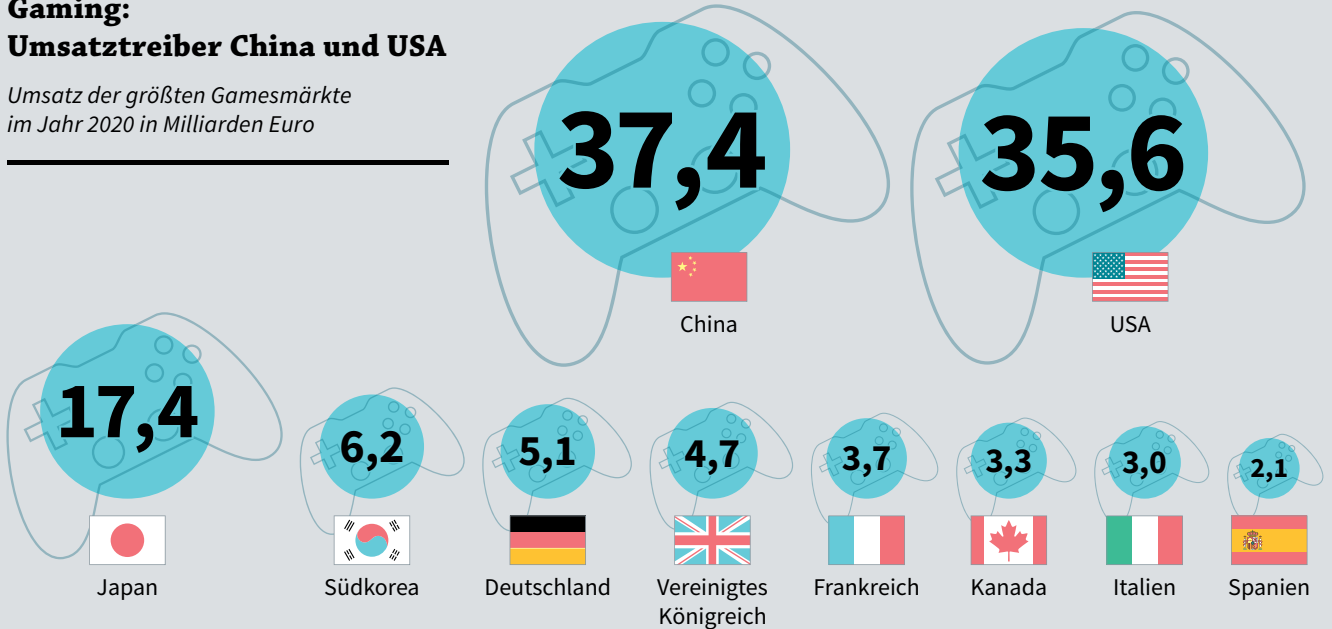
Ein Großteil der internationalen Milliardenereinnahmen wird mit Unterhaltungsspielen erzielt. Doch nicht alle Segmente innerhalb des Spielmarktes richten sich an Hobbygamer: Insbesondere Serious Games sind weiter verbreitet, als oft angenommen wird. Sie verknüpfen Lerninhalte mit Spielkomponenten und werden zu Fortbildungszwecken von Unternehmen, aber auch an Schulen und Universitäten zur spielerischen Vermittlung von Wissen und Kompetenzen eingesetzt – beispielsweise bei Medizinstudenten, die anhand von 3-D-Simulationen das richtige Verhalten in der Notaufnahme üben.

Eng verzahnt mit Serious Games ist die sogenannte Gamifizierung –



## Gaming: Umsatztreiber China und USA

Umsatz der größten Gamesmärkte  
im Jahr 2020 in Milliarden Euro



Ohne Umsätze aus Hardware-Verkäufen

Quelle: Newzoo International  
© 2021 Iw Medien / iwd

iwd

der gezielte Einsatz von spielerischen Elementen in spielfremden Umgebungen wie im Berufsleben. Beide Segmente identifiziert das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) in seiner aktuellen Strategie für den Gamesstandort Deutschland als wirksame Hilfsmittel im Bildungsbereich.

Doch nicht allein das Bildungswesen profitiert von der Innovationskraft des Spielemarktes: Immer mehr Games bauen auf technischen Neuerungen wie Virtual Reality, Augmented Reality und künstlicher Intelligenz auf und experimentieren damit. Erfolgreiche Innovationen finden im Anschluss oftmals ihren Weg in verschiedenste Anwendungsbereiche – Beispiele hierfür sind 3-D-Raumplaner in der Bau- und Architekturbranche oder Visualisierungen im medizinischen Bereich, deren Vorläufer in Videospiele zu finden waren.

Einer Schätzung des Verbands der deutschen Gamesbranche zufolge ist das Volumen des deutschen Marktes für Serious Games dennoch vergleichsweise klein:



Firmen, die sich auf Serious Games oder Gamifizierung spezialisiert haben, machen rund 6 Prozent der Games-Unternehmenslandschaft hierzulande aus. Im internationalen Vergleich aller Länder liegt Deutschland damit zwar lediglich im Mittelfeld – betrachtet man allerdings nur die zehn umsatzstärksten Gamesmärkte, ist die Bundesrepublik weit vorne.

Aufgrund des großen Potenzials gerade dieser Segmente der Gamesbranche muss die Attraktivität des Standorts Deutschland für Serious Games- und Gamifizierungs-Unternehmen gesteigert werden.

Die Aufnahme dieser Teilbereiche in die Strategie des BMVI für den Gamesstandort Deutschland ist ein wichtiger erster Schritt, da eine attraktive Gamesbranche auch dazu beiträgt, dass in Deutschland ausgebildete Spieleentwickler nicht ins Ausland abwandern, sondern ihre Kenntnisse und Fähigkeiten hierzulande einsetzen. Nun gilt es für die neue Bundesregierung, die Strategie in der kommenden Legislaturperiode konsequent und zügig umzusetzen.

### IW-Kurzbericht 55/2021

Jan Büchel: Serious Games und Gamifizierung – Mehr als nur ein Spiel  
[iwkoeln.de/serious-games](http://iwkoeln.de/serious-games)

# Viel Geld für wenige Quadratmeter

**Studentenwohnungen.** Die Mieten für Studentenwohnungen sind durch die Folgen der Corona-Pandemie im ersten Halbjahr 2021 nur leicht gestiegen – von einer Entspannung kann aber keine Rede sein. Die Situation für Studenten auf dem Wohnungsmarkt ist vielerorts nach wie vor schwierig – die Akademiker in spe können beim Run auf bezahlbaren Wohnraum oft nicht mithalten.

Viele Schulabgänger haben ihren Studienstart coronabedingt verschoben oder sind wegen der ohnehin nur online gehaltenen Vorlesungen im Elternhaus wohnen geblieben. So sind auch die Mieten für typische Studentenwohnungen im ersten Halbjahr 2021 nicht ganz so stark gestiegen wie in den vergangenen Jahren – das zeigt der MLP Studentenwohnreport 2021: Für die Studie hat das Institut der deutschen Wirtschaft eine bundesweite Steigerung der Mieten von 1,8 Prozent errechnet; WG-Mieten sind im Schnitt um 0,9 Prozent gestiegen.

Von einer Entspannung kann dennoch keine Rede sein. Denn in 19 von 30 untersuchten Hochschulstandorten haben die Mieten trotzdem angezogen:

**In Freiburg gab es im ersten Halbjahr 2021 mit fast 6 Prozent den höchsten Mietanstieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum.**

Wie so oft beim Thema Miete sind die regionalen Unterschiede groß. Der teuerste Standort für Studenten ist nach wie vor München – und das, obwohl die Mietpreise zuletzt stabil geblieben sind (Grafik):

**In München zahlen Studenten im Schnitt rund 800 Euro für 30 Quadratmeter Wohnfläche – dagegen sind es in Magdeburg, der günstigsten Unistadt, nur knapp 290 Euro.**

Auch insgesamt wohnt der akademische Nachwuchs im Osten der Bundesrepublik am günstigsten: Außer in Magdeburg ist auch in Dresden, Greifswald und Leipzig eine typische Studentenwohnung für weniger als 400 Euro monatlich zu haben, der Preis für ein WG-Zimmer liegt unter 250 Euro. Ähnlich preiswert wohnt es sich im Westen der Republik nur in Bochum.

**Den größten Preisrückgang erlebte bis Ende des Sommersemesters aber Stuttgart: Die Mieten in der baden-württembergischen Landeshauptstadt sanken um 2,6 Prozent.**

Das lag vor allem daran, dass coronabedingt mehr Studentenwohnungen zur Verfügung standen. Auch in München und Darmstadt gab es insgesamt mehr Wohnangebote.

In der Bundeshauptstadt lief es wegen des Mietendeckels andersherum: Nachdem die Mietpreisbrem-

se im Januar 2020 eingeführt wurde, reduzierte sich der studentische Wohnraum in Berlin um 15 Prozent. Im März 2021 kippte das Bundesverfassungsgericht die Regelung wieder – und die Mieten legten anschließend um 5,4 Prozent zu.

Vieles deutet darauf hin, dass es sich beim Preisrückgang der Mieten in einigen Unistädten nur um eine Verschnaufpause handelt. Mit zunehmender Impfquote und Normalisierung des gesellschaftlichen Lebens ist davon auszugehen, dass die Zahl der Studis im kommenden Jahr wieder steigt – im vergangenen Herbst war die Studienanfängerzahl auf knapp 419.000 zurückgegangen, nach 429.000 Neueinschreibungen im Wintersemester des Vorjahres.

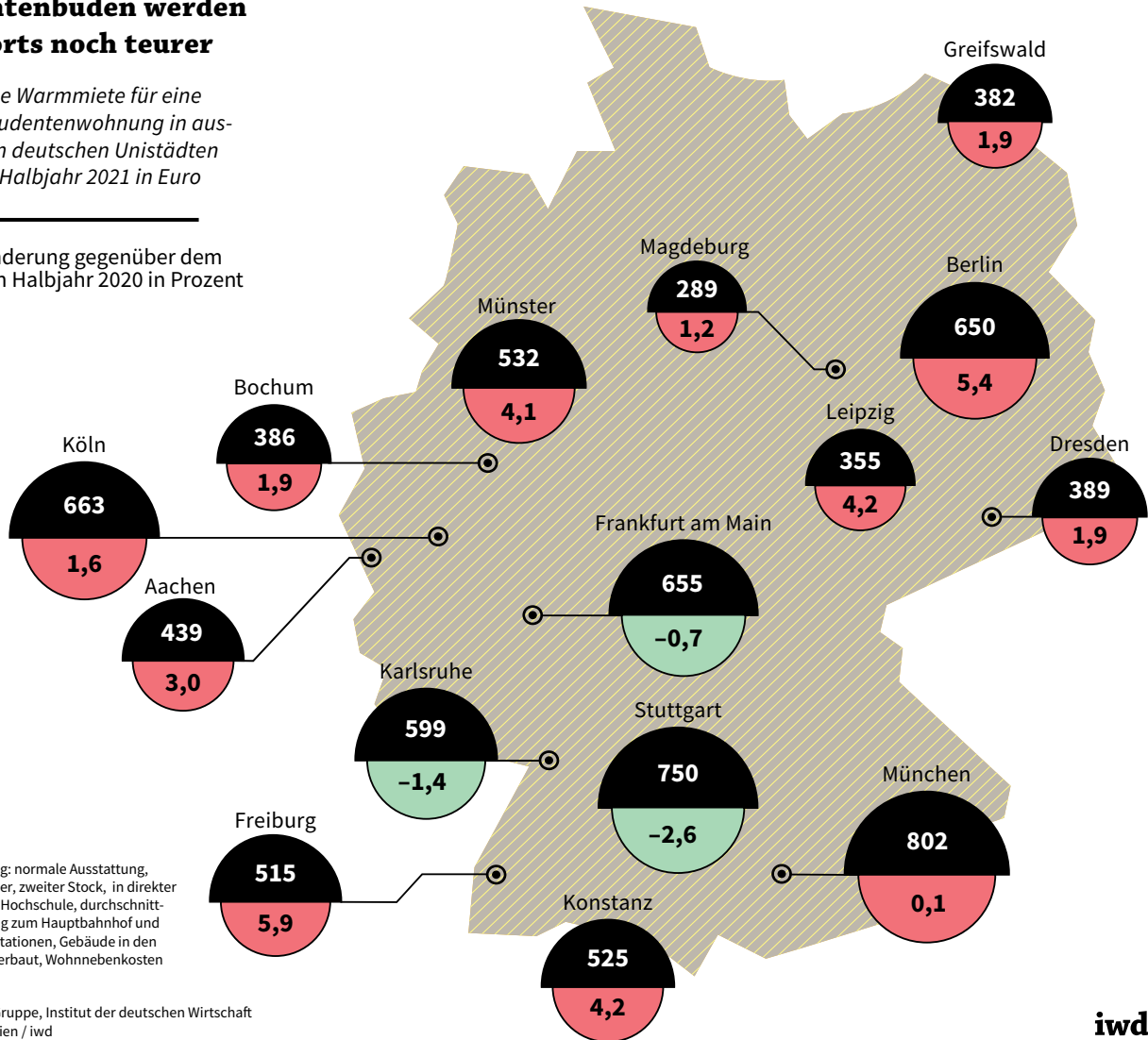
Und auch wenn die Mieten in Stuttgart oder Karlsruhe zuletzt gesunken sind: Das Preisniveau war in diesen Städten bereits zuvor so hoch, dass die Studenten auch dort weiterhin Probleme haben, eine bezahlbare Bleibe zu finden.

Ein weiteres Hindernis ist der harte Wettbewerb auf dem Immobilienmarkt:

## Studentenbuden werden vielerorts noch teurer

Monatliche Warmmiete für eine Muster-Studentenwohnung in ausgewählten deutschen Unistädten im ersten Halbjahr 2021 in Euro

Veränderung gegenüber dem ersten Halbjahr 2020 in Prozent



Musterwohnung: normale Ausstattung, 30 Quadratmeter, zweiter Stock, in direkter Umgebung zur Hochschule, durchschnittliche Entfernung zum Hauptbahnhof und anderen Bahnstationen, Gebäude in den 2000er Jahren erbaut, Wohnnebenkosten 20 Prozent

Quellen: MLP Gruppe, Institut der deutschen Wirtschaft © 2021 IW Medien / iwd

iwd

### Studenten konkurrieren vor allem in Großstädten mit zahlreichen besser verdienenden Gruppen wie jungen oder alleinstehenden Erwerbstätigen und Fernpendlern um günstige und kleine Wohnungen.

Hinzu kommt, dass viele Studenten kein großes Finanzpolster mehr haben. Gerade in der Gastronomie und im Tourismusgewerbe, wo viele Studenten ihr Zubrot verdienen, fielen coronabedingt die meisten Jobs weg.

All diese Schwierigkeiten spielen allerdings in der medialen Debatte um die Folgen der Corona-Pandemie

kaum eine Rolle und waren auch im Bundestagswahlkampf nur selten Thema.

In der Politik herrscht jedenfalls wenig Konsens, wie das Problem des knappen und teuren Wohnraums für Studenten gelöst werden kann. Wie das Beispiel Berlin zeigt, sind Werkzeuge wie die Mietpreisregulierung nicht zielführend, da sie das Angebot an Wohnraum für Studenten verknappen. Trotzdem werden stärkere Eingriffe in den Markt von SPD, Grünen und Linken gefordert. Union und FDP werben für mehr Neubau – konkrete Vorschläge zur Umsetzung bleiben aber aus.

Beim Bafög besteht zwar weitgehend Einigkeit darüber, dass Reformen nötig sind – wie diese aussehen sollen, ist jedoch vielfach umstritten. Derzeit beziehen lediglich 16 Prozent der Studenten in Deutschland Bafög. Und für den maximalen Bafög-Wohnzuschlag von 325 Euro im Monat kann sich ein Student in München gerade einmal die Kaltmiete für ein zehn Quadratmeter großes WG-Zimmer leisten (siehe Seite 12).

#### IW-Gutachten

Christian Oberst, Michael Voigtländer: MLP Studentenwohnreport 2021 [iwkoeln.de/studentenwohnreport](http://iwkoeln.de/studentenwohnreport)

# Ein Jubilar unter Beschuss

**Bafög.** Seit vor 50 Jahren das Bafög eingeführt wurde, hat es rund 36 Millionen Menschen eine schulische Berufsausbildung oder ein Studium ermöglicht. Doch seit einiger Zeit erhalten immer weniger junge Leute diese finanzielle Unterstützung. Das liegt vor allem an den relativ niedrigen Elternfreibeträgen. Doch Kritik entzündet sich auch an anderen geltenden Bafög-Regelungen.

Die Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz, kurz Bafög, erreichen immer weniger junge Menschen. Im Jahr 2019 erhielten rund 680.000 Studenten und Schüler die 1971 eingeführte Ausbildungshilfe, 2020 waren es nur noch 639.000 – das entspricht einem Minus von 6 Prozent. Der Trend ist nicht neu: Bereits seit 2012 sinkt die Zahl der Bafög-Empfänger.

Besonders eklatant ist dies für Studenten, denn deren Zahl hat sich in den vergangenen vier Jahrzehnten mehr als verdoppelt, während die Zahl der Geförderten seit fast einer Dekade zurückgeht (Grafik):

**Im Jahr 2020 erhielten in Deutschland rund 466.000 Studentinnen und Studenten Bafög, 2012 waren es noch 671.000.**

Als das Bafög am 1. September 1971 in Kraft tritt, wird es zunächst als Vollzuschuss bereitgestellt. Wer damals studiert und nicht mehr bei den Eltern lebt, erhält 440 D-Mark. Doch schon drei Jahre später muss ein Teil des Bafögs, das Studenten erhalten, zurückgezahlt werden. Im Jahr 2001 wird die Höhe der Rückzahlung auf maximal 50 Prozent des Darlehens beschränkt – eine Regel, die bis heute für das Studenten-Bafög gilt, während Schüler-Bafög nicht zurückgezahlt werden muss. Seitdem es das Bafög gibt, wurden mehr als 36 Millionen Menschen gefördert, davon waren knapp zwei Drittel Studenten.

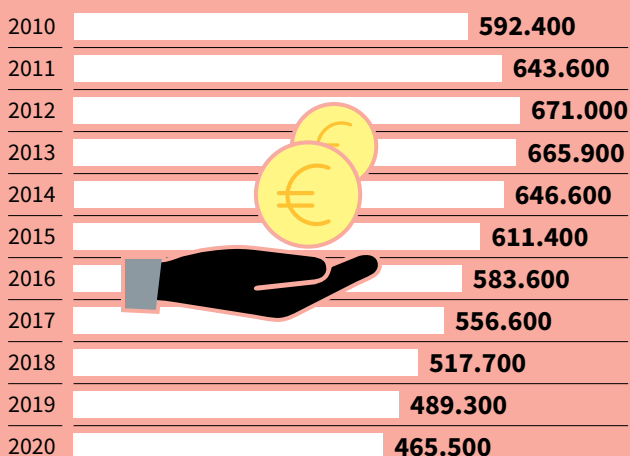
Bafög-Studenten bezogen im Jahr 2020 im Schnitt 574 Euro pro Monat, das waren 60 Euro mehr als im Vorjahr. Der Höchstsatz liegt aktuell bei 861 Euro. In manch großer Unistadt reicht allerdings auch das zum Studentenleben nicht aus: So rechnet die Münchener Ludwig-Maximilians-Universität mit circa 900 Euro, die ein Student in der bayerischen Landeshauptstadt im Monat braucht – vorausgesetzt, Studentin oder Student findet ein bezahlbares WG-Zimmer.

Ob jemand Anspruch auf Bafög hat und wenn ja, in welcher Höhe, richtet sich vor allem danach, wie viel man selbst oder die Eltern verdienen. Auch das eigene Vermögen, das des (Ehe-)Partners, das Alter und, falls vorhanden, die Zahl der eigenen Kinder spielen eine Rolle. Bezugsberechtigt ist außerdem nur, wer jünger als 35 Jahre ist und in Vollzeit studiert.

Angesichts stetig sinkender Bezieherzahlen plädieren viele Interessenvertretungen für eine Bafög-Reform, auch Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU), die erst 2019 bei der jüngsten Bafög-Reform den Höchstsatz und die Elternfreibeträge angehoben hatte. So spricht sich etwa das Deutsche Studentenwerk aktuell neben einer Entbürokratisierung und einer Abschaffung des Darlehensanteils vor allem für höhere Einkommensfreibeträge und Bafög-Sätze aus. Die CDU/CSU dagegen wünscht sich ein flexibleres Bafög, das bis zum Eintritt ins Rentenalter zurückgezahlt werden kann, während die Grünen das Bafög zu einer Grundsicherung für Azubis und Studenten umbauen wollen, die neben einem Garantiebtrag für alle auch einen Zuschuss für Bedürftige umfassen soll. Noch einen Schritt weiter geht die FDP: Sie wünscht sich ein Bafög-Modell, das vom Einkommen der Eltern unabhängig ist.

## Bafög: Zahl der Empfänger sinkt weiter

So viele Studenten in Deutschland erhielten Bafög



Quelle: Statistisches Bundesamt  
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

# Weit mehr als Kloppapier

**Papierindustrie.** Die deutschen Hersteller von Papier, Karton und Pappe mischen international an der Spitze mit. Ihre Produkte sind häufig zentraler Bestandteil des Angebots anderer Branchen – nicht nur für den Versandhandel. Gleichzeitig spielen Klimaschutz und Ressourceneffizienz in der Papierproduktion eine immer wichtigere Rolle.

Als die Welt vor eineinhalb Jahren wegen Corona in den ersten Lock-down ging, gab es schnell die ersten Erkenntnisse über länderspezifische Besonderheiten: Während die Franzosen Wein hamsterten, fehlte es hierzulande in Supermärkten und Drogerien plötzlich an Toilettenpapier. Spätestens in diesem Augenblick war klar, dass selbst so etwas auf den ersten Blick Banales wie Kloppapier ein endliches Gut mit komplexen Lieferketten und Produktionsprozessen ist.

Toilettenpapier, Papiertaschentücher und Co. – zusammengefasst als Hygienepapier – machen allerdings nur einen kleinen Teil der Papierproduktion aus (Grafik):

**Im Jahr 2020 produzierten Unternehmen in Deutschland Produkte aus Papier, Karton und Pappe mit einem Gewicht von mehr als 21 Millionen Tonnen, doch nur 7 Prozent davon entfielen auf Hygienepapiere.**

Weit über die Hälfte der Produktion machten Verpackungen aus und deutlich mehr als ein Viertel grafisches Material – also beispielsweise Papier für den Zeitungs- oder Fotodruck.

Mehr als die Hälfte der deutschen Papierproduktion geht in den Export, zuletzt wurden 13 Millionen Tonnen ausgeführt – davon gut 85 Prozent ins übrige Europa. Dabei sind die Deutschen selbst vergleichsweise

große Papiernachfrager: Der hiesige Verbrauch lag 2019 bei fast 19 Millionen Tonnen, das ist Rang vier weltweit. Mit Blick auf die heimische Produktion und den Exportanteil reichen die Materialien aus deutscher Produktion also nicht aus, um den eigenen Bedarf zu decken. Die Folge: Deutschland war 2019 weltweit das wichtigste Einfuhrland für Papier, Karton und Pappe.

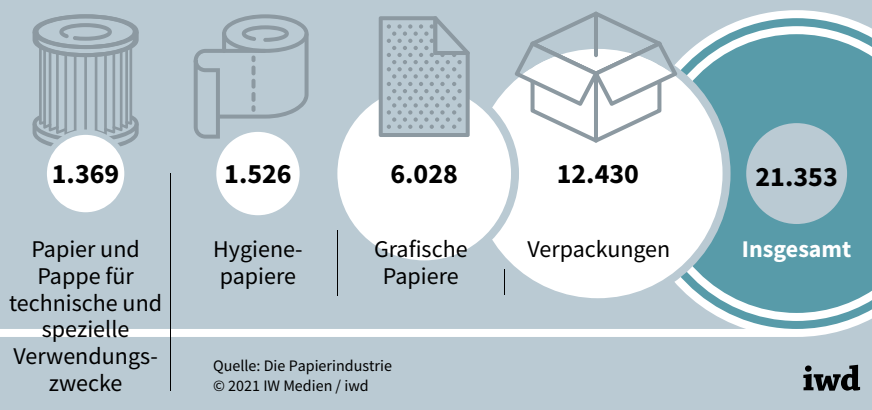
Allerdings sind die Ein- und Ausfuhrzahlen mit Vorsicht zu genießen – als Land im Zentrum Europas ist Deutschland nämlich einerseits oft ein Ort, an dem Ware zwischengelagert wird; andererseits wird Papier von der deutschen Papierindustrie häufig weiterverarbeitet oder veredelt, also erst importiert und später in neuer Form oder Funktion wieder exportiert – was sich in der Handelsstatistik niederschlägt.

Alles in allem geht der Branchenverband „Die Papierindustrie“ für das Jahr 2019 davon aus, dass 42,6 Millionen Tonnen Papier, Karton und Pappe auf Deutschlands Infrastruktursystemen transportiert wurden.

In diesem Zusammenhang geht es dann schnell auch um die Emissionen jener Lkw, die das Papier transportieren, und um den Umweltschutz insgesamt. Hier hat sich der Verband

## Produkte der Papierindustrie

So viele 1.000 Tonnen dieser Produkte aus Papier, Karton und Pappe produzierten Unternehmen im Jahr 2020 in Deutschland





vor der Bundestagswahl deutlich positioniert und die umfassende Zulassung sogenannter Lang-Lkw gefordert sowie eine Aufstockung des zulässigen Gesamtgewichts für Laster. Beides, so das Argument der Interessenvertreter, könne helfen, die Transportemissionen der Branche zu reduzieren.

Nicht nur mit Blick auf den Transport geht es in der Papierindustrie mittlerweile oft um Umwelt- und Klimaschutz. Schließlich ist die Branche energieintensiv, zudem wird im Produktions- und Recyclingprozess viel Wasser benötigt. Allerdings ist es in den vergangenen Jahren gelungen, hier kräftig einzusparen, so der Verband:

**Im Jahr 1955 erforderte die Produktion einer Tonne Papier rund 8.200 Kilowattstunden Strom, heute sind es noch 2.600.**

Noch positiver entwickelte sich der Wasserverbrauch in der Produktion – er hat sich von knapp 50 Litern pro Kilogramm auf unter neun Liter reduziert. Hinzu kommt, dass Holz, die wichtigste Papierzutat, ein

nachwachsender Rohstoff ist – entsprechende Verpackungen sind also deutlich unproblematischer als Alternativen aus Kunststoff. Zudem geht es bei Verpackungen meist darum, den Inhalt zu schützen. Hier hat die Papierindustrie folgende Rechnung zur Hand: Wird ein Produkt – etwa ein Lebensmittel – auf dem Transportweg unbrauchbar, verursacht das im Schnitt das Fünf- bis Zehnfache des sogenannten Umweltaufwands, den eine sichere Verpackung verursacht hätte.

Die Industrie wehrt sich auch gegen den Vorwurf, dass sie für klimafeindliche Rodungen verantwortlich sein soll: Nur etwa 20 Prozent der weltweiten Holzernte würden überhaupt für Papier und Zellstoff genutzt. Und in Europa gibt es dafür vornehmlich sogenannte Wirtschaftswälder, in denen Holz nachhaltig produziert wird.

Die hiesige Papierindustrie ist zudem Mitglied bei gleich zwei großen internationalen Zertifizierungssystemen für nachhaltige Forstwirtschaft.

Im internationalen Kontext spielt die deutsche Papierindustrie mit ihren fast 40.000 Mitarbeitern und knapp 13 Milliarden Euro Jahresumsatz jedenfalls ganz vorne mit, europaweit ist sie ohnehin führend (Grafik):

**Deutschland erreichte im Jahr 2019 – neuere internationale Zahlen liegen noch nicht vor – in der weltweiten Papierproduktion Rang vier hinter China, den USA und Japan.**

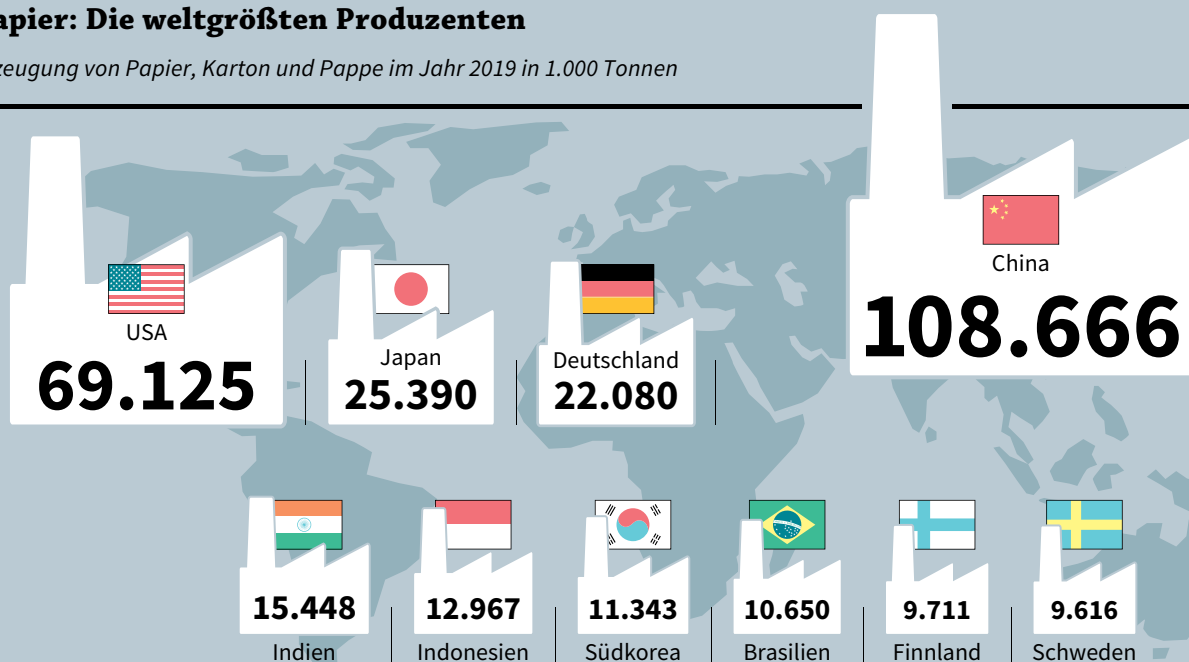
Insgesamt fertigen die Papierhersteller rund um den Globus mittlerweile mehr als 3.000 Papier-, Karton- und Pappvarianten. Spezialpapier beispielsweise kann im Autobau eingesetzt werden, aber auch in der Medizin oder in der Weinherstellung, um den Rebsaft zu filtern.

Den Rohstoff Papier zeichnet zudem aus, dass er gut zu recyceln ist. Tageszeitungen beispielsweise werden zum Teil auf 100 Prozent Altpapier gedruckt.

Deshalb ist es für die Papierindustrie immer auch zentral, wie viel

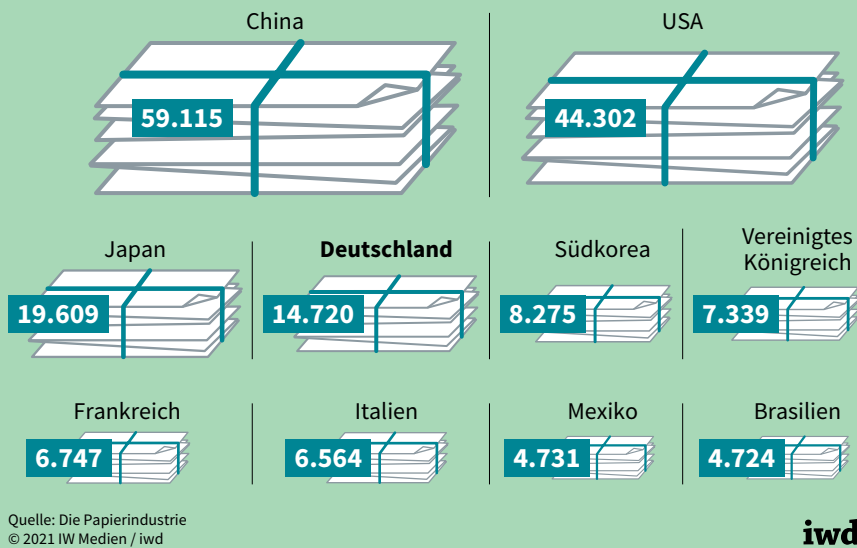
## Papier: Die weltgrößten Produzenten

Erzeugung von Papier, Karton und Pappe im Jahr 2019 in 1.000 Tonnen



## Altpapier: Wer das meiste sammelt

In diesen Ländern wurde weltweit im Jahr 2019 das meiste Altpapier zum Recycling gesammelt, in 1.000 Tonnen



Altpapier in einem Land gesammelt werden kann. Denn Holz ist nicht unbegrenzt verfügbar, Recycling entsprechend sinnvoll und kosteneffizient. Kein Wunder also, dass die vier weltgrößten Papierproduzenten auch jene Länder sind, die das meiste Altpapier einsammeln. Allerdings mit unterschiedlichen Quoten (Grafik):

**China sammelte im Jahr 2019 mit rund 59 Millionen Tonnen etwa 54 Prozent des Gewichts seiner Neuproduktion als Altpapier wieder ein. Die USA und Deutschland kommen jeweils auf etwa 10 Prozentpunkte mehr, während Japan auf das Gewicht bezogen sogar mehr als drei Viertel der eigenen Papierproduktion als Altpapier einsammelt.**

Tatsächlich nutzt beispielsweise Deutschlands Papierindustrie sogar

mehr Altpapier, als ihr aus dem eigenen Land zur Verfügung steht – es wird importiert. Im Ergebnis kommt Deutschland so auf eine Recyclingquote von 78 Prozent, Europa insgesamt auf immerhin 72 Prozent.

Doch trotz dieser Recyclingquoten ist die aktuelle Lage der Papierindustrie alles andere als entspannt. Einer der Gründe ist – wie könnte es momentan anders sein – Corona. Denn die Pandemie hat das Papierangebot und die -nachfrage gehörig durcheinandergewirbelt.

So brach beispielsweise die Nachfrage nach Papier für Kopierer im Büro ein; gleichzeitig stieg der Bedarf an Versandverpackungen rapide an. Auf der Angebotsseite waren und sind Lieferketten und Produktionsprozesse auch in der

Papierindustrie teils längerfristig gestört.

Aktuell gehen die Papierpreise jedenfalls durch die Decke, berichtete unlängst „Der Spiegel“. Auch Altpapier hat sich demnach drastisch verteuert. Gerade für Druckereien und Verlage – zwei Branchen, denen die Digitalisierung seit Längerem ohnehin zu schaffen macht – keine guten Nachrichten. Hinzu kommt, dass einige Papierhersteller in der Corona-Zeit kurzerhand die Produktion umgestellt haben: Sie produzieren nicht länger Papier, sondern Kartons. Der Versandhandel ist ein dankbarer Abnehmer, auch wenn die Politik diskutiert, ihn mit einer Paketsteuer zu belegen, um Wettbewerbsverzerrungen zulasten des stationären Handels zu reduzieren.

Andere politische Vorhaben bereiten der Papierindustrie selbst Sorgen. So hält sie wenig vom geplanten CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich, der die inländische Produktion schützen soll, indem Importe zusätzlich besteuert werden, wenn im Ursprungsland mit mehr Emissionen produziert wurde. Der Mechanismus, so befürchtet die Papierindustrie, würde Handelskonflikte provozieren.

Stattdessen fordert die Industrie von der Politik Planungssicherheit, etwa mit Blick auf die Energiekosten. Gleichzeitig warnt sie davor, die Forstwirtschaft über Gebühr einzuspannen, um die EU-Klimaziele zu erreichen: Natürlich seien Bäume ein Kohlenstoffspeicher. Doch darüber dürfe nicht vergessen werden, dass Holz im Kontext der Dekarbonisierung auch immer dringender als nicht fossiler Rohstoff benötigt wird.

### Impressum

**Herausgeber:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland  
**Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Kamann, Florian Janssen, Alexander Weber  
**Grafik:** IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · **Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail:** datenschutz-iwd@iwmedien.de.



Zahl der Woche



**Prozent**

## Top-Liste: Der Müll, das Abwasser und die Steuern

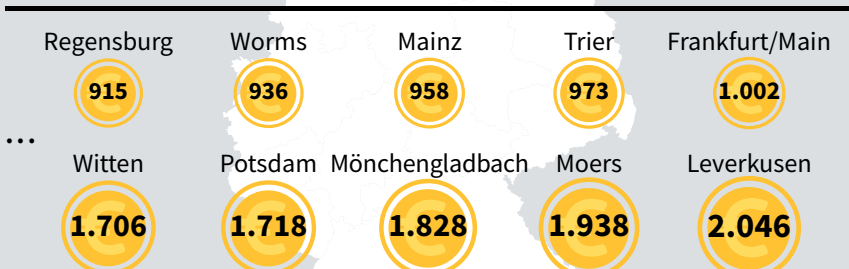
Es gibt Dinge, um die kommt kein Hausbesitzer und über die Nebenkostenabrechnung auch kein Mieter herum – die Grundsteuer beispielsweise. Auch Müll- und Abwassergebühren sind unvermeidbar. Nun sollte man meinen, dass die Größe der Immobilie sowie die Müllmenge und der Wasserverbrauch die einzig entscheidenden Kriterien für die Höhe der anfallenden Wohnnebenkosten sind – doch dem ist nicht so, wie das aktuelle Ranking der IW Consult für Haus & Grund zeigt. Denn die jährlichen Nebenkosten für einen Vierpersonenhaushalt mit durchschnittlichem Verbrauch unterscheiden sich zwischen Deutschlands 100 größten Städten gewaltig: In der günstigsten Stadt, Regensburg, liegen die Gesamtkosten für die Grundsteuer sowie die Abwasser- und Müllentsorgungsgebühren um mehr als 1.100 Euro pro Jahr unter dem Niveau des Schlusslichts Leverkusen. Im Vergleich zum Vorgängerranking vor drei Jahren sind die Nebenkosten in 22 Städten gesunken, in den übrigen 78 Städten dagegen gestiegen.

aller Sozialleistungen in Deutschland haben die Unternehmen im Jahr 2019 nach IW-Berechnungen finanziert. Das sind fast 10 Prozentpunkte mehr als im offiziellen Sozialbudget ausgewiesen – die Bundesregierung schätzt den Finanzierungsanteil der Unternehmen auf knapp 28 Prozent. Zum Sozialbudget zählen alle Ausgaben für Rente und Pflege sowie für Arbeitslosigkeit und im Krankheitsfall.

Anders als in der Rechnung der Bundesregierung ordnet das IW die Sozialversicherungsbeiträge der Selbstständigen dem Unternehmenssektor zu statt den privaten Haushalten – diese Beiträge belaufen sich auf gut 2 Prozent des Sozialbudgets, die also von Unternehmen aufgebracht werden. Außerdem wird berücksichtigt, dass sich der Staat auch durch Steuerzahlungen von Unternehmen finanziert: Diese stemmen damit knapp ein Fünftel der Sozialleistungen, die vermeintlich der Staat trägt. Umgerechnet macht das weitere 7,2 Prozentpunkte des Sozialbudgets aus.

### Wohnnebenkosten: In Leverkusen am höchsten

So viel Euro mussten Hauseigentümer jährlich an Grundsteuern sowie für Müll- und Abwassergebühren in den fünf günstigsten bzw. teuersten der insgesamt 100 größten deutschen Städte bezahlen



Abfallgebühren: 2019; Abwassergebühren: 2020; Grundsteuern: 2021; sämtliche Gebühren und Grundsteuern beziehen sich auf einen Vierpersonenhaushalt in einem Haus mit 120 Quadratmetern Wohnfläche und 200 Quadratmetern Grundstück

Quelle: IW Consult  
© 2021 IW Medien / iwd



**IW-Kurzbericht 70/2021**

Jochen Pimpertz: Sozialbudget – Finanzierungsanteil der Unternehmen unterschätzt  
[iwkoeln.de/sozialbudget](http://iwkoeln.de/sozialbudget)